



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT DES GEMEINDERATES NR. 2

Am **am Dienstag, 30. April 2024 um 19:00 Uhr**, ist im Sitzungssaal des Gemeinderates von Scenna, Erzherzog Johann Platz Nr. 1, nach Erfüllung der im geltenden Kodex der örtlichen Körperschaften der Region Trentino – Südtirol sowie in der geltenden Gemeindegesetzgebung und Geschäftsordnung des Gemeinderates enthaltenen Formvorschriften, der Gemeinderat zu einer Sitzung (Erste Einberufung) einberufen worden.

Anwesend sind:

	EA	UA		EA	UA
Annelies Pichler			Andrea Mair		
Barbara Klotzner			Franz Patscheider		
Franz Dapra'			Hannes Dosser		
Irene Theresia Öttl			Johann Pircher		
Josef Mair			Oswald Zöggeler		
Simone Berta Piffer	bis 19:15 Uhr		Stephan Raffl		
Simon Klotzner			Stefan Wieser		
Walter Dosser					

Den rechtlichen Beistand leistet die Gemeindesekretärin, Frau Dr. Birgit Sulser

Die Bürgermeisterin Annelies Pichler übernimmt den Vorsitz, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und erklärt die Sitzung als eröffnet.

Als Stimmzähler dieser Sitzung werden die Ratsmitglieder Simon Klotzner und Irene Öttl bestimmt.

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.03.2024

Das Protokoll der Sitzung vom 19.03.2024 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

2. Feuerwehrdienst - Genehmigung der Abschlussrechnungen des Jahres 2023 der in dieser Gemeinde bestehenden Feuerwehren

Die Bürgermeisterin erklärt, dass sie bei den Jahreshauptversammlungen aller drei Feuerwehren anwesend gewesen und über die Tätigkeiten informiert worden sei. Die Einsätze und die Tätigkeiten seien sehr umfangreich gewesen. Sie bedankt sich noch einmal für die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehren. Die Gemeindesekretärin erklärt kurz die Kassastände der drei Feuerwehren laut entsprechender Abschlussrechnung.

Gemeinderat Pircher erklärt kurz den Kassastand der freiwilligen Feuerwehr Schenna und die Gründe dafür, warum der Kassastand im Verhältnis zu jener der anderen beiden Feuerwehren niedriger ausgefallen sei. Grund dafür seien die vielen kleineren Einsätze, die Instandhaltungskosten für die Fahrzeuge, Treibstoffspesen und die Investitionen in die große Jugendgruppe.

Die Abschlussrechnungen der Feuerwehren des Jahres 2023 werden mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

3. Abschlussrechnung 2023. Genehmigung

Die Bürgermeisterin erklärt, dass mit der Genehmigung der Abschlussrechnung auch die nächsten beiden Beschlüsse zusammenhängen.

Die Gemeindesekretärin erklärt die Eckdaten der Abschlussrechnung und die Zusammensetzung des Verwaltungsüberschusses sowie die Daten zur Verschuldung der Gemeinde.

Gemeinderätin Piffer betritt um 19.15 Uhr den Sitzungssaal.

Gemeinderat Patscheider erkundigt sich, warum der Abfertigungsfonds so hoch sei.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass dieser vom Gesetz vorgesehen sei um die Liquidität zu schaffen, sollten mehrere Abfertigungen gleichzeitig auszuzahlen sein.

Gemeinderat Wieser erkundigt sich, ob die Abfertigung in der Gemeinde sofort ausgezahlt werde.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass dies davon abhängt, wie lange jemand im Dienst war. Bei Bediensteten, die schon länger im Dienst sind, werde die Abfertigung erst nach 2 Jahren ausgezahlt.

Gemeinderätin Klotzner erkundigt sich, ob die Darlehen der Gemeinde auch den Umbau der Grundschule betreffen.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass für den Umbau der Grundschule kein Darlehen aufgenommen worden sei, da dieser mit Eigenmitteln finanziert werde. Die Darlehen sind auf ältere Vorhaben z.B. das Lido zurückzuführen.

Gemeinderat Wieser stellt eine Frage zur Deckung der Kosten für den Kindergarten. Laut Bericht des Revisors scheinen für den Kindergarten Ausgaben in Höhe von 250.939,33 Euro und Einnahmen in Höhe von 76.069,18 Euro auf. Er fragt, ob die Ausgaben alles laufende Ausgaben seien oder auch Investitionen.

Die Gemeindesekretärin erklärt nach einem kurzen Abgleich in der Abschlussrechnung, dass sich der Betrag auf laufende Ausgaben beziehe.

Die Abschlussrechnung des Jahres 2023 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt. Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

4. Haushaltsvoranschlag 2024 - 2026. Übertragung des Verwaltungsüberschusses 2023 auf den Haushaltsvoranschlag 2024 - 2026. Zweite Haushaltsänderung

Die Übertragung des Verwaltungsüberschusses 2023 auf den Haushaltsvoranschlag 2024-2026 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt. Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

5. Rechnungswesen - Haushaltsvoranschlag 2024 - 2026 - Dritte Haushaltsänderung

Die Bürgermeisterin erklärt die dritte Änderung am Haushaltsvoranschlag und schickt voraus, die Verpflichtungen des Verwaltungsüberschusses Vorhaben betreffe, die bereits im Gemeinderat diskutiert wurden. Es gehe um den Einbau eines Teiles des frei verfügbaren Teiles des Verwaltungsüberschusses, wobei unter anderem zusätzliche Mittel für den Umbau der Grundschule

und die Finanzierung des Gemeindeentwicklungsprogrammes bereitgestellt werden. Ein weiteres großes Projekt sei die Trinkwasser-, Abwasser- und Löschwasserleitung in Tall, das Geld dafür solle aber erst in einer zukünftigen Haushaltsänderung bereitgestellt werden, wenn die Projektsumme klar ist und die Genehmigungen von Seiten des Landes vorliegen.

Die Gemeindesekretärin erklärt die weiteren Positionen der Haushaltsänderung. Es handle sich dabei unter anderem um die Beträge, die für den Umbau der Hausmeisterwohnung im Vereinshaus notwendig sind, um einen Beitrag für den Ankauf eines Fahrzeuges an die Feuerwehr, um die Mittel für den Ankauf des bisher angemieteten Gemeindefahrzeuges Zoe zum Restwert und die Bereitstellung der Mittel, um an die Stadtwerke Meran die Kosten für die Abwasserentsorgung zu bezahlen. Mit einem Teilbetrag werde auch das Kapitel Straßen aufgestockt, um genügend Verfügbarkeit für Reparaturen und Ausbesserungen zu schaffen.

Die Bürgermeisterin teilt dem Gemeinderat noch kurz ihre Gedanken und Bedenken zum Gemeindeentwicklungsprogramm mit, das sehr viel finanzielle und zeitliche Ressourcen in Anspruch nehmen wird. Man habe im funktionalen Einzugsgebiet beschlossen, mit den Gemeinden Tirol, Riffian und Kuens einen gemeinsamen Weg zu gehen und sich nach einem gemeinsamen Techniker umgesehen. Dabei sei man auf die Plattform LAND gestoßen. Andreas Kipar habe sich die Situation vor Ort angesehen. Er habe zudem ein funktionierendes Büro, das auch verwaltungstechnisch in der Lage ist, die umfangreiche Arbeit abzuwickeln.

Gemeinderat Zöggeler erkundigt sich nach der Rechtsverbindlichkeit eines solchen Plans.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass dieser von der Landesregierung genehmigt werde und dann gelte. Sie gibt zudem zu bedenken, dass auch Fristen für die Genehmigung einzuhalten seien.

Gemeinderat Hannes Dosser erklärt, dass die Genehmigung in zwei Jahren wohl kaum realistisch sei. Dies habe man auch bei den Pilotgemeinden gesehen.

Gemeinderätin Klotzner glaubt, dass das wichtigste für den Bürger in diesem Zusammenhang die Festlegung der Siedlungsgrenzen sei.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass es für den Bürger tatsächlich hauptsächlich darum gehen werde. Aber rein für die Gemeinde und vom Prozess her sei die Festsetzung der Siedlungsgrenzen der letzte Schritt, nachdem klar ist, in welche Richtung sich die Gemeinde entwickeln will.

Der Vizebürgermeister betont, dass die Planung in diesem Zusammenhang wichtig sei.

Gemeinderätin Klotzner äußert, dass die Grundideen eigentlich klar sein dürften. Diese seien bereits in Schenna.Weiter.Denken definiert worden.

Die Bürgermeisterin stimmt dem zu. Die Ideen seien weitgehend durch Schenna.Weiter.Denken bereits zum Ausdruck gebracht worden.

Gemeinderat Wieser erkundigt sich nach dem Namen des Büros für das Gemeindeentwicklungsprogramm.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass es sich um die LAND srl (mit Sitz in Mailand) handle. Sie stellt kurz die Präsentation des Büros vor und erklärt, dass das Büro auch bereits einen ähnlichen Prozess die Gemeinde Algund begleitet habe und derzeit im funktionalen Gebiet um Vahrn arbeite.

Gemeinderat Wieser erkundigt sich nach dem Stand der Dinge in Sachen Südtirolerhof. Die Bereitstellung der Mittel gehen nämlich aus der Haushaltsänderung nicht hervor.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass die „Arche“ mit Herrn Leonhard Resch den Auftrag erhalten habe, eine Machbarkeitsstudie auszuarbeiten. Es gehe darum, die notwendigen Investitionen und Folgekosten abzuschätzen. Diese bilden zusammen mit dem Preis für den Ankauf die Grundvoraussetzungen, um eine Entscheidung über den Ankauf treffen zu können. Die Mittel könne man erst bereitstellen, wenn die Schätzung und ein Konzept vorliege. Man habe dies auch der aktuellen Eigentümerin erklärt und um zwei bis drei Monate Zeit erbeten, um eine Entscheidungsgrundlage zu haben. Es gebe in diesem Zusammenhang mehrere Ideen, unter anderem auch eine Ärztepraxis, die Unterbringungen der Bibliothek und die Schaffung von Wohneinheiten. Ein reine betreutes Wohnen sei hingegen kaum finanzierbar.

Gemeinderat Pircher erklärt, dass entscheidend vor allem die Folgekosten seien.

Gemeinderätin Piffer erklärt, dass bereits des Öfteren mit der Eigentümerin das Gespräch gesucht wurde und ihr erklärt worden sei, dass für den eventuellen Ankauf ein Konzept vorliegen müsse.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass die öffentliche Hand nicht einfach wie ein Privater etwas kaufen könne. Es gehe immer um die öffentliche Zweckbestimmung.

Die Gemeindesekretärin fügt dem hinzu, dass eine künftige öffentliche Zweckbestimmung notwendig sei, um überhaupt einen Ankauf tätigen zu können.

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass sich die Gemeinderäte in Bezug auf die künftige Zweckbestimmung gerne aktiv einbringen können.

Die dritte Änderung des Haushaltsvoranschlages 2024-2026 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt. Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

6. Geltendmachung der Möglichkeit der Nichterstellung des konsolidierten Haushaltes laut Art. 233-bis Abs. 3 des GvD 267/2000

Die Gemeindesekretärin erklärt kurz die Notwendigkeit dieses Beschlusses. Die Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern können von der Möglichkeit der Nichterstellung des konsolidierten Haushaltes mit den beteiligten Gesellschaften Gebrauch machen.

Die Geltendmachung der Möglichkeit der Nichterstellung des konsolidierten Haushaltes wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt. Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

7. Abänderung der Verordnung über das Rechnungswesen

Die Bürgermeisterin erklärt kurz, dass die Änderung dieser Verordnung auf übergemeindlicher Basis erarbeitet worden sei. Grundsätzlich gehe es um Anpassungen auf übergemeindlicher Ebene und im Bereich der Ökonomatsausgaben, um infolge eines Urteiles des Rechnungshofes gegenüber einer Mitarbeiterin einer Nachbargemeinde mehr Rechtssicherheit zu schaffen.

Gemeinderat Wieser erkundigt sich, ob die Bediensteten über die Gemeinde für solche Fälle versichert seien.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass es versicherungstechnisch die Fälle von leichter und grober Fahrlässigkeit zu unterscheiden gelte. Bei leichter Fahrlässigkeit seien die Bediensteten über die Gemeinde versichert, für die Haftung in Folge von grober Fahrlässigkeit müssen sie sich selbst versichern.

Die geänderte Verordnung über das Rechnungswesen wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt. Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen für unverzüglich vollziehbar erklärt.

8. Genehmigung der neuen Verordnung über die Anwendung der Gebühr für die Bewirtschaftung der Hausabfälle

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass im Dezember die neue Müllverordnung genehmigt worden sei. Bereits damals sei darauf hingewiesen worden, dass sich auch die Verordnung über die Gebühr ändern werde und zwar aufgrund des neuen Arera Modells. Diese Änderung seien nun in der Verordnung vorgesehen. Den Gemeinderäten sei vorab eine Version der Verordnung, in der die Änderung in gelb markiert sind, zur Verfügung gestellt worden.

Gemeinderätin Klotzner erklärt, dass sie es nicht richtig finde, dass die Grundgebühr für die Zweitwohnungen um 50% reduziert werde.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass dies abgeklärt werden solle.

Die Gemeindesekretärin ruft die Verordnung auf und weist darauf hin, dass in Bezug auf die Grundgebühr keine Reduzierung für Zweitwohnung vorgesehen sei. Ein Reduzierung um die Hälfte für Zweitwohnungen sei hingegen bei den Mindestentleerungen vorgesehen .

Die Bürgermeisterin erklärt, dass zudem eine Ermäßigung vorgesehen werden soll und zwar für Wachkomapatienten, die zu Hause gepflegt werden eine Ermäßigung von 80%.

Die Verordnung über die Anwendung der Gebühr für die Bewirtschaftung der Hausabfälle wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

9. Mitteilungen und Anfragen

Die Bürgermeisterin berichtet, dass inzwischen der Gemeindeausschuss, wie bei der vorherigen Sitzung besprochen, den Beschluss gegen die Erhöhung der Strahlenwerte der elektromagnetischen Felder gefasst hat und verliest den entsprechenden Beschluss.

Außerdem hat die Landesregierung nun den endgültigen Beschluss gefasst, das Projekt Standseilbahn nicht umzusetzen.

Sie kommt auf das Thema Südtirolerhof zurück, um ein Stimmungsbild des Gemeinderates zu erhalten.

Gemeinderat Daprà erkundigt sich, ob es sich um freie Kubatur handle.

Die Gemeindesekretärin erklärt, dass im Grundbuch zwar eine gastgewerbliche Bindung angemerkt, diese aber abgelaufen sei.

Gemeinderätin Klotzner erklärt, dass sie grundsätzlich für den Ankauf sei, da das Gebäude zentral gelegen sei. Es sei eine gute Gelegenheit für die Gemeinde und wenn die Ideen da sind, werde man auch die Wege für die Umsetzung finden.

Gemeinderat Daprà erkundigt sich, was mit dem „Service“ des Wohnen mit Service gemeint sei.

Gemeinderätin Piffer erklärt, dass dies zum Beispiel sein könne, dass jemand einmal am Tag vorbeischaue oder den Einkauf erledige.

Gemeinderat Hannes Dosser erklärt, dass ihm persönlich die Bausteine für eine Meinungsbildung fehlen.

Gemeinderat Patscheider erklärt, dass es wichtig sei, der Eigentümerin zu vermitteln, dass sich der Gemeinderat Gedanken über den Ankauf mache.

Gemeinderat Dosser äußert, dass es wichtig sei, konkrete Summen zu kennen und zwar nicht nur, was der Ankauf kostet sondern auch, was die Folgekosten sind.

Gemeinderat Pircher erklärt, dass es schwierig werde, sich überhaupt auf ein Konzept zu einigen.

Gemeinderat Raffl meint, dass es sich sicher um eine gute Gelegenheit handelt. Für den einfachen Bürger sei es aber sicher oft schwer zu verstehen, wie langwierig der Prozess bei der öffentlichen Hand ist. Die Entscheidung der Eigentümerin, die Immobilie einem sozialen Zweck zur Verfügung zu stellen sei sicherlich ehrenwert. Außerdem erkundigt er sich nach dem Stand der Dinge zum Thema Turnhalle.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass die Artikel 3 Gelder bis 2025 aufgebraucht seien. Sie hoffe, dass vom Landeshauptmann, wie zugesichert, zusätzliche Gelder für die Turnhalle bereitgestellt werden.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass man mit der Planung noch auf dem selben Stand sei. Das Vorprojekt sei erstellt worden. Es gelte nun aber zuerst den Umbau der Grundschule fertigzustellen, bevor man ein weiteres, großes Vorhaben angehe. Der Südtirolerhof sei zwar eine gute Gelegenheit, aber man solle sich trotzdem nicht unter Druck setzen lassen.

Die Bürgermeisterin fügt hinzu, dass man merke, dass jetzt, wo der Umbau der Grundschule in der Endphase sei, der Druck seitens des Sportclubs steige, um noch einmal über die Größe der Turnhalle zu diskutieren. Aber der Gemeindeausschuss stehe hinter dem Grundsatzbeschluss bzgl. Größe, der auch klar kommuniziert wurde.

Gemeinderätin Klotzner weist darauf hin, dass auch die Planung mit der grundsätzlich befürworteten Größe gestartet sei.

Gemeinderat Daprà erkundigt sich, ob das Thema Bezirksturnhalle noch aktuell sei.

Der Vizebürgermeister erklärt, dass dies in Meran noch ein Thema sei. Er sei bei einigen Treffen dabei gewesen.

Gemeinderat Daprà äußert, dass mit der Turnhalle auch die Mensa zusammenhängen würde.

Gemeinderat Hannes Dosser erkundigt sich, ob das in einer der vorherigen Sitzungen angekündigte Gespräch zum gescheiterten EFRE-Digitalisierungsprojekt stattgefunden habe.

Der Vizebürgermeister berichtet vom wenig aufschlussreichen und sehr widersprüchlichen Gespräch mit dem Amtsdirektor zum Thema. Wahrscheinlich sei es einfach so gewesen, dass die finanziellen Mittel der Förderung nicht ausreichend waren.

Die Bürgermeisterin erklärt weiters, dass auch ein Projekt für die Erneuerung der Infrastrukturen im Wiesenweg vorliegt.

Gemeinderat Patscheider weist auf den schlechten Zustand des Gehsteigeländers in der Verdinserstraße hin. Er lobt die durchgeführten Arbeiten in der Kupferlochgasse.

Die Bürgermeisterin gibt noch die Termine der nächsten Gemeinderatssitzungen am 28.05. und 02.07.2024 bekannt.

Nach Abschluss der Tagesordnung und Erörterung aller Diskussionspunkte wird die Sitzung um 21:20 Uhr geschlossen.

DIE BÜRGERMEISTERIN
Annelies Pichler

DIE GEMEINDESEKRETÄRIN
Dr. Birgit Sulser